



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 07.11.2016	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	20:07 Uhr	
Sitzungsort:	Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch- CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Dr. Burkhard Eymer- CDU		
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)		
Kerstin Metzner- SPD		
Harald Quirder- SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Thomas-Markus Leber- FDP		
Karsten Mihr- BfL	Ab TOP 2.2 anwesend	
Dr. Ulrich Brock- CDU		
Ute Friedrichsen- SPD		
Roswitha Kaske- CDU		
Arne-Matz Ramcke- Bü90/DIEGRÜNEN		
Dieter Rosenbohm- BfL		
Günter Kämer- CDU	Vertretung für: Herrn Dirk Freitag	
Michael Rostkowski- SPD	Vertretung für: Herrn Ulrich Pluschkell	
Gregor Voht- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Monika Schedel- Bü90/DieGrünen	Nur öffentlicher Teil	
Verwaltung		
Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen		
Dennis Bunk- GMHL		
Dr. Stefan Klotz- Stadtgrün und Verkehr		
Karsten Schröder- Stadtplanung u. Bauordnung		
Hans-Wolfgang Wiese- Lübeck Port Authority		

Dennis Bössow- FBC (5.060)	Bis TOP 2.2
Sandro Dopp- Gebäudemanagement (5.651)	
Matthias Drever- Stadtgrün und Verkehr (5.660)	Bis TOP 2.2
Doris Drochner- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	öffentlicher Teil
Dorothee Gutzeit- Stadtgrün und Verkehr (5.660)	Bis TOP 3.3
Ulrich Kewitz- Soziale Sicherung (2.500.5)	Nur TOP 9.2
Anne-Katrin Lorenzen- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	Bis TOP 2.1
Manfred Uhlig- Haushalt und Steuerung (1.201)	Bis TOP 2.2
Protokollführung	
Thomas Kaacksteen- Fachbereichscontrolling FB 5	
Gäste	
Jan-Eric Becker- Albert-Schweitzer-Schule	Bis TOP 4.2.1
Kay Glasneck- Carl-Jakob-Burckhardt-Gymnasium	Bis TOP 4.2.1
Stefan Pabst- Grund- und Gemeinschaftsschule St. Jürgen	Bis TOP 4.2.1
Sonstige Personen	
Klaus-Dieter Zander- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dirk Freitag- CDU	Entschuldigt abwesend
Ulrich Pluschkell- SPD	Entschuldigt abwesend
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Allgemeiner Teil
1.1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
1.3.	Niederschriften, öffentlich vom 10.10.2016
2.	Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
2.1.	Bebauungsplan 33.06.00 - Mecklenburger Landstraße 49 - 67 (Lübeck - Travemünde - Priwall) Satzungsbeschluss (5.610) Vorlage: VO/2016/04175
2.2.	Haushaltssatzung 2017 mit Stellenplanänderungen 2017 Vorlage: VO/2016/04224
3.	Sonstige Beschlussvorlagen
3.1.	3. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck von 2014 (1. Bericht zur Umsetzung) Vorlage: VO/2016/04219
3.2.	Jahresbericht 2015 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2016/04221
3.3.	Wegeeeinziehung von öffentlichen Flächen gemäß § 8 Abs. 1, Satz 2, des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein: Einziehung des öffentlichen Parkplatzes Auf dem Baggersand mit einem Randstreifen der Travemünder Landstraße und zweier öffentlicher Wege (5.660). Vorlage: VO/2016/04268
4.	Mitteilungen und Berichte
4.1.	Mitteilungen des Vorsitzenden
4.2.	Sonstige Mitteilungen und Berichte
4.2.1.	Mündliche Mitteilung (5.651): Sachstand laufende Baumaßnahmen beim GMHL
4.2.2.	Mündliche Mitteilung (5.610): Prioritäten bei B-Plänen

4.2.3.	Mündliche Mitteilung (5.660): Sachstand Hubbrücke
4.3.	Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
4.4.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5.	Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
5.1.	Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
5.2.	Neue Anfragen
5.3.	Anträge
5.3.1.	Kunst im öffentlichen Raum Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Bündnis90/DieGrünen - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04145) Vorlage: VO/2016/04269
5.3.2.	Einwohnerversammlung: Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04002) Vorlage: VO/2016/04325
5.3.3.	Einwohnerversammlung: Fußgängerampel / Zebrastreifen auf der Seite Willy-Brandt-Allee (Drehbrücke) wird installiert Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04011) Vorlage: VO/2016/04327
5.3.4.	Einwohnerversammlung: Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm - über den Hof des Baudezernats Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04006) Vorlage: VO/2016/04326
11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Allgemeiner Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
--

Der Vorsitzende Herr Lötsch begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Anschließend nimmt er die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 46 Gemeindeordnung (GO) vor und führt folgende bürgerlichen und stellvertretenden Mitgliedervertreter in ihr Amt ein:

Frau Roswitha Kaske, Frau Ute Friedrichsen, Herrn Ulrich Brock, Herrn Dieter Rosenbohm, Herrn Gregor Voht, Herrn Arne-Matz Ramcke, Herrn Thomas Markus Leber, Herrn Michael Rostkowski und Herrn Günter Kämer

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, die nur der Protokollerstellung dienen.

Der Bauausschuss nimmt hiervon Kenntnis.

zu 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
--

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte:

Öffentlicher Teil:

- 3.3. Wegeeinziehung von öffentlichen Flächen gemäß §8 **VO/2016/04268**
Abs. 1, Satz 2, des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG)
für Schleswig-Holstein:
Einziehung des öffentlichen Parkplatzes Auf dem Baggersand mit einem Randstreifen der Travemünder Landstraße und zweier öffentlicher Wege (5.660).
- 4.2.3 Mündliche Mitteilung (5.660):
Sachstand Hubbrücke

- 5.3.2 **Antrag aus der Einwohnerversammlung vom VO/2016/04325**
05.07.2016: Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung
- 5.3.3 **Antrag aus der Einwohnerversammlung vom VO/2016/04327**
05.07.2016: Fußgängerampel / Zebrastreifen auf der Seite Willy-Brandt-Allee (Drehbrücke)
- 5.3.4 **Antrag aus der Einwohnerversammlung vom VO/2016/04326**
05.07.2016: Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm)

Herr Quirder beantragt für die SPD-Fraktion den TOP 2.2 (Haushaltssatzung 2017 mit Stellenplanänderungen 2017) heute zu beraten und auf die nächste Bauausschusssitzung am 21.11.2016 zu vertragen.

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie vorab besprochen einstimmig.

zu 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 10.10.2016

1.3.1 Niederschriften, öffentlich vom 19.09.2016

Frau Friedrichsen merkt an, dass die unter TOP 5.2.5 (Seite 18/29) getätigte Anfrage zu den Bautätigkeiten in der Prassekstraße von ihr gestellt worden sei und nicht von Herrn Howe.

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.09.2016 unter Maßgabe der vorgenannten Änderungen einstimmig.

1.3.2 Niederschriften, öffentlich vom 10.10.2016

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.10.2016 einstimmig.

zu 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
--

zu 2.1 Bebauungsplan 33.06.00 - Mecklenburger Landstraße 49 - 67 (Lübeck - Travenmünde - Priwall)

Herr Howe möchte wissen, ob es eine besondere Vorrichtung auf dem Stellplatz, der auch als Winterlager zu nutzen sein sollte, gäbe, um bei Hochwasser das Salzwasser nicht zur Klärung in die Kanalisation laufen zu lassen.

Frau Lorenzen erläutert, dass es hierzu im Verfahren keinerlei Anmerkungen bzw. Auflagen gegeben habe, zumal das Hochwasser, wie bisher auch durch die normalen Straßeneinläufe in der Mecklenburger Landstraße in die Kanalisation gelange.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob es immer noch ein Interesse seitens des Jugendherbergswerkes zur Nachnutzung des Gebäudes 4 gäbe.

Frau Lorenzen führt aus, dass es für den Jugendherbergsverband nicht finanzierbar wäre, und eine entsprechende Nachnutzung daher nicht absehbar sei. Sie weist darauf hin, dass diese Gebäude außerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes läge.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 13 Stimmen

Enthaltung: 1 Stimme

Herr Mihr war bei der Abstimmung noch nicht anwesend

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) zum Entwurf des Bebauungsplanes 33.06.00 – Mecklenburger Landstraße 49 – 67, Lübeck – Travemünde - Priwall – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 33.06.00 – Mecklenburger Landstraße 49 – 67, Lübeck – Travemünde - Priwall – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.
4. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan entsprechend dem beiliegenden Entwurf (Anlage 6) zu berichtigen.

zu 2.2 Haushaltssatzung 2017 mit Stellenplanänderungen 2017 Vorlage: VO/2016/04224

Der Vorsitzende lässt über den Verfahrensantrag von Herrn Quirder unter TOP 1.2 abstimmen (Vorlage heute beraten und auf den 21.11.2016 zu vertagen).

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 14 Stimmen

Herr Mihr war bei der Abstimmung noch nicht anwesend.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig den Verfahrensvorschlag von Herrn Quirder.

Herr Ramcke möchte wissen, wie es sich mit der in der Vorlage erwähnten, aber nicht vorhandenen „Anlage 0“ verhalte.

Herr Uhlig sagt zu, diese nun aktualisierte Anlage spätestens Anfang nächster Woche (Kalendarwoche 46) freigegeben zu haben, so dass hierzu auch eine Beratung, nach vorherigem Versand per Mail an die Bauausschussmitglieder, am 21.11.2016 stattfinden könne.

Der Vorsitzende nimmt nun die Verpflichtung, des verspätet erschienenen Herrn Karsten Mihr zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten gemäß § 46 Gemeindeordnung (GO) vor und führt ihn als bürgerlichen Mitgliedervertreter in sein Amt ein.

Herr Ramcke möchte wissen, ob man im Hinblick auf die sinkenden Einnahmen bei den Friedhöfen (Seite 512 der Produkthaushaltsseiten) die Stiftungen im Zusammenhang mit den Kriegsgräbern und Ehrenbürgergräbern finanziell mit ins Boot holen könne.

Herr Dr. Klotz erläutert, dass die Pflege der Kriegsgräber eine gesetzliche Verpflichtung der Verwaltung sei und eine Kostenbeteiligung von Dritten vermutlich schon einmal im Zusammenhang mit der Konsolidierung des Haushalts in den vergangenen Jahren geprüft wurde. Er sagt weiter zu, dieses mögliche Prüfergebnis in der nächsten Sitzung darzustellen. Falls es eine derartige Prüfung nicht gegeben habe, müsse man dies wohl eher für den Folgehaushalt 2018 ff. durchführen und die Auswirkungen darstellen.

Herr Rosenbohm spricht den Zuwachs der Erträge aus der internen Leistungsverrechnung beim GMHL von 2016 (rund 43 Mio. Euro) zu 2017 (rund 56 Mio. Euro) an (Seite 479 der Produkthaushaltsseiten) und möchte dazu den Grund wissen.

Herr Bunk erläutert, dass sich hier die Erhöhung der Bauunterhaltungsmittel auswirke.

Herr Rosenbohm möchte zu den Einzelmaßnahmen (Seite 319) wissen, warum die angesetzten 750 TEUR für den zweiten Teil der Brandschutzmaßnahmen im Mühlendamm in 2017 nicht im Haushalt stünden.

Herr Senator Boden erläutert, dass es einen Auftrag an die Verwaltung gäbe, das gesamte Areal am Mühlendamm alternativ zu überplanen. Diese Untersuchungen seien nunmehr abgeschlossen und es werde hierzu noch in diesem Jahr eine Vorstellung des Ergebnisses im Bauausschuss geben.

Herr Rosenbohm möchte wissen, was die Gerüststellung am Zeughaus (Seite 367 der Einzelmaßnahmen) über die Jahre kosten werde.

Herr Bunk klärt auf, dass es keine Gerüststellung dort zur Sicherung über vier Jahre geben werde.

Herr Rosenbohm möchte zum vierspurigen Ausbau der Moislinger Allee (Seite 505 der Einzelmaßnahmen) wissen, warum diese Maßnahme nun haushalterisch 400 TEUR billiger werde.

Herr Bössow weist darauf hin, dass der Abbau von Resten hierfür maßgeblich wäre und weist auf eine Vorlage im nächsten Bauausschuss hin, in der es eine Erläuterung im Umgang mit den Resten geben werde.

Herr Rosenbohm möchte zum Budget des konsumtiven Haushalts beim GMHL (Seite 659) wissen, warum hier die Kosten von -5,4 Mio. Euro auf +818 TEUR gestiegen seien.

Herr Senator Boden erläutert dies mit der zu aktivierenden Eigenleistung der zusätzlichen MitarbeiterInnen im Zusammenhang mit der Aufstockung der Bauunterhaltungsmittel.

Frau Friedrichsen spricht die Umrüstung der Beleuchtung beim Skandinavienkai an und möchte wissen, warum hierfür, trotz einer zugesagten Refinanzierung, noch 390 TEUR zu zahlen seien.

Herr Wiese weist in diesem Zusammenhang auf die überplanmäßige Bewilligung in dieser Höhe hin.

Frau Friedrichsen möchte bezüglich der Gemeindestraße / Kantstraße (Seite 408 der Einzelmaßnahmen) wissen, ob man für diese Maßnahme auch KAG-Beiträge hinzuziehen könne, um die Maßnahme finanziell zu erleichtern.

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass dieses wahrscheinlich nicht beitragsfähig sei, denn sonst müsse dies ja im Haushaltsbogen dargestellt worden sein, er aber zum 21.11.2016 eine Klärung mitteilen werde.

Frau Friedrichsen spricht den ihrer Meinung nach großen Nachholbedarf bei der Erneuerung von Fußwegen im gesamten Stadtgebiet an.

Herr Dr. Klotz weist darauf hin, dass dies im konsumtiven Haushalt geregelt sei, da es sich nicht um eine grundhafte Erneuerung handle. Ein gesondertes Konto gäbe es dafür aber bislang nicht und es würden auch keine Konzepte, Prioritätenlisten o.ä. dazu bestehen.

Herr Voht möchte den aktuellen Sachstand in Bezug auf die Realisierung eines Tierfriedhofs auf den Flächen der Hansestadt Lübeck wissen, womit man eventuelle auch Einnahmen generieren könne.

Herr Senator Boden erläutert, dass die fertigen Planungen vorgelegen haben, aber dann der Interessent abgesprungen sei und sich bisher kein Neuer gefunden habe. Die Flächen stünden noch zur Verfügung.

Herr Voht möchte dazu wissen, ob die Hansestadt Lübeck diesen nicht in Eigenregie gewinnbringend betreiben könne, was seitens Herrn Senator Boden verneint wird.

Herr Voht spricht die Einnahmen beim Germanistenkeller (Seite 321 der Einzelmaßnahmen) an, zu dem aber keine textlichen Erläuterungen stünden.

Herr Bunk erläutert, dass dies Reste aus den Städtebaufördermitteln seien.

Frau Kaske möchte den Sachstand zu den zugesagten Planungskosten und der geschobenen Baumaßnahme in der Straße An den Schießständen wissen und warum bei den Spielplätzen nur die Geräte auf den neueren Plätzen repariert würden, aber die alten Plätze nicht

erneuert würden und warum das Fachbereichscontrolling die Maßnahmen am Sportplatz Wattstraße um 260 TEUR gekürzt habe.

Herr Bössow weist bei der letzten Frage auf die eingangs schon erwähnten Reste hin.

Herr Senator Boden ergänzt, dass über die Vorrangigkeit bei den Bezirksspielplätzen im Bauausschuss ausführlichst diskutiert worden sei und man die anderen Plätze sukzessive nachziehen werde. Bezüglich der Straße An den Schießständen erläutert er, dass die Planungen bis zum Entwurf durchgeführt worden seien und der erste Bauabschnitt ggf. über einen Nachtrag in den Haushalt gelangen könne.

Herr Dr. Klotz erläutert, dass die angegebenen Zahlen für die zeitliche Abfolge von Ausführungsplanung und Bau teilweise überholt seien, und dass zum 02.01.2017 ein neuer Ingenieur eingestellt werde, der sich auch um die ausführungsfähige Kantstraße kümmern werde. Allerdings gäbe es Vorgaben, dass das Projekt Fischereihafen / Baggersand prioritär bearbeitet werden müsse, und damit die Planungen für die Kantstraße und An den Schießständen / Kirschenallee nachgeordnet erledigt werde.

Herr Quirder kündigt an, dass die SPD-Fraktion in Koalition mit der CDU-Fraktion dafür sorgen werde, dass sowohl die Baumaßnahmen in der Kantstraße, als auch die in der Straße An den Schießständen noch in 2017 begonnen werde.

Herr Voht spricht die auf der Seite 434 der Einzelmaßnahmen aufgeführte Holstenstraße an und gibt zu bedenken, dass der Untergrund durch ein marodes Kanalsystem eventuell nicht mehr zwei Jahre den Belastungen standhalten könne.

Herr Dr. Klotz weist darauf hin, dass man sich hierzu im Austausch mit den Leitungsträgern befände. Die von Herrn Voht beschriebene prekäre Lage sei ihm spontan und so aber nicht bekannt.

Herr Ramcke möchte bezüglich der Verbrauchskostenreduzierung des GMHL (Seite 478 der Produkthaushaltsseiten) wissen, ob hier der Zenit bereits erreicht sei.

Herr Bunk erläutert, dass diese Daten auf vorsichtigen Schätzungen beruhen würden, da momentan die Stelle beim Energiemanagement nicht besetzt sei.

Herr Howe möchte wissen, ob es Probleme im Meesenring 8 mit der Wasserversorgung aus gesundheitlicher Sicht gäbe.

Herr Bunk führt aus, dass das GMHL erst heute Morgen von entsprechenden Bedenken erfahren habe und dies prüfen werde. Hierzu wäre es hilfreich, wenn Herr Howe dem GMHL einen Kontakt zu der bislang unbekannten Person herstellen könnte, die dies bemängelt habe. Herr Bunk weist darauf hin, dass das Umweltamt grundsätzlich die Prüfung der Wasserqualität durchführe.

Herr Howe möchte wissen, warum der Lärmschutzwall an der Wakenitzbrücke bereits jetzt im Haushalt stünde, obwohl das Baugebiet bei der Wasserkunst noch gar nicht entstanden sei.

Herr Dr. Klotz erläutert, dass man dies aus wirtschaftlichen Gründen im Zusammenhang mit der anstehenden Sanierung der Wakenitzbrücke durchführen werde. Im Übrigen habe sich die Hansestadt Lübeck vertraglich gegenüber dem Investor verpflichtet, den Lärmschutz bis zur Nutzung des ersten Wohngebäudes zu erstellen.

Herr Howe möchte weiter wissen, ob die Straßenbaumaßnahmen am Gustav-Radbruch-Platz nicht erst im Zusammenhang mit dem angedachten Parkhaus umgesetzt werden könnten.

Herr Dr. Klotz weist darauf hin, dass das Parkhaus in der Fährstraße geplant sei und die angesprochenen Baumaßnahmen zwingend aus Verkehrssicherungsgründen auszuführen seien. Die Situation vor Ort spräche für sich.

Frau Metzner spricht den Neubau der Bahnhofsbrücke (Seite 486 der Einzelmaßnahmen) an und hinterfragt die angegebenen 2,250 Mio. Euro. Sie möchte wissen, warum die zeitliche

Schiene zum Neubau der Bahnhofsbrücke in den Haushaltsunterlagen anders sei als in der Öffentlichkeit kommuniziert werde.

Herr Dr. Klotz erläutert, dass die Daten auch vom Mai 2016 stammen und tatsächlich nicht mehr in voller Höhe zuträfen.

Der Bauausschuss vertagt die Vorlage einstimmig auf den 21.11.2016.

zu 3 Sonstige Beschlussvorlagen

zu 3.1 3. Regionaler Nahverkehrsplan der Hansestadt Lübeck von 2014 (1. Bericht zur Umsetzung) Vorlage: VO/2016/04219

Herr Howe möchte wissen, wann die neue Haltstelle in der Engelsgrube für die Erschließung der Nördlichen Wallhalbinsel geplant würde.

Frau Drochner erläutert, dass dies erst dann geschehe, wenn die baulichen Umsetzungen auf der Nördlichen Wallhalbinsel erfolgten. Allerdings sei diese Haltstelle nicht im Straßenzug „An der Untertrave“ realisierbar.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Jahresbericht 2015 über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2016/04221
--

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Wegeeinzziehung von öffentlichen Flächen gemäß § 8 Abs. 1, Satz 2, des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) für Schleswig-Holstein: Einzziehung des öffentlichen Parkplatzes Auf dem Baggersand mit einem Randstreifen der Travemünder Landstraße und zweier öffentlicher Wege (5.660).

Herr Lötsch weist auf ein Schreiben der Travemünder Wirtschaftsgemeinschaft e.V. hin und möchte noch einmal bestätigt haben, dass die bestehenden Parkplätze erst dann aufgelöst würden, wenn die Ersatzplätze geschaffen seien.

Herr Senator Boden bestätigt ihm, dass dies - wie beschlossen - in der Reihenfolge (erst der Neubau der Ersatzparkplätze, dann die Neubebauung des Baggersand) umgesetzt werden würde.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

1. Es ist beabsichtigt, in der Gemarkung Travemünde

* gemäß Anlage 1 eine Teilfläche des öffentlichen Parkplatzes Auf dem Baggersand mit einem Randstreifen der Travemünder Landstraße - betreffend die Flurstücke 83/102 tlw. und 83/105 der Flur 1,

* den östlich an den Parkplatz angrenzenden öffentlichen Weg – betreffend das Flurstück 83/101 der Flur 1,

* gemäß Anlage 2 den öffentlichen Weg südlich der Straße Auf dem Baggersand in Höhe Hausnummer 13 - betreffend das Flurstück 200/25 der Flur 6

nach § 8 Abs. 1 Satz 2 StrWG einzuziehen.

2. Die Einziehungsabsicht ist öffentlich bekannt zu machen und der Plan zur Einsicht auszuliegen.

zu 4 Mitteilungen und Berichte

zu 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

**zu 4.2.1 Mündliche Mitteilung (5.651):
Sachstand laufende Baumaßnahmen beim GMHL**

Herr Bunk präsentiert den aktuellen Sachstand verschiedenster Baumaßnahmen des GMHL und beantwortet Fragen aus der Politik.

Die drei anwesenden Schulleiter, denen seitens des Bauausschusses Rederecht erteilt wurde, ergänzen die Präsentation in Bezug auf ihre jeweiligen Schulen.

Die Präsentation wird den Bauausschussmitgliedern per Mail zugesandt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.2.2 Mündliche Mitteilung (5.610):
Prioritäten bei B-Plänen**

Der Bauausschuss vertagt den mündlichen Bericht einstimmig auf die Sitzung des Bauausschusses am 21.11.2016 mit der Vorgabe, dass dann für die Mitglieder des Bauausschusses gut lesbare Listen vorliegen.

**zu 4.2.3 Mündliche Mitteilung (5.660):
Sachstand Hubbrücke**

Herr Dr. Klotz weist darauf hin, dass sich die Brücke in der Baulast des WSA befände und, er den Informationen der Presse nichts Wesentliches hinzufügen könne. Aber das Problem alter Brücken, die auch noch dem Denkmalschutz anheimgestellt seien, kenne ja auch die Stadt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

zu 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

zu 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Meierstraße / AKV (Herr Voht) - 5.610 / 5.660 (TOP 5.2.4 am 19.09.2016)

Herr Voht möchte wissen, ob es bereits, wie für 2016 zugesagt, einen neuen Sachstand bezüglich der Umgestaltung in der Meierstraße in Bezug auf Parken, Radverkehr und Fußgänger gäbe.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort am 10.10.2016:

Die Meierstraße ist zwischen Georgstraße und Hansestraße eine Einbahnstraße mit Fahrtrichtung Meierbrücke. Der südwestliche Gehweg ist für den Radverkehr in gegenläufiger Fahrtrichtung freigegeben. Hier wurden durch den Arbeitskreis für Verkehrsfragen Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr festgestellt. Der Radverkehr soll daher zukünftig nicht mehr auf dem Gehweg, sondern auf der Fahrbahn zugelassen werden. Aufgrund des Busverkehrs wird die abzüglich der abgestellten Pkw verbleibende Restfahrbahnbreite jedoch als zu gering angesehen. Daher wird zukünftig das aufgeschulterte Parken auf einer Breite von bis zu 50 cm auf dem südwestlichen Gehweg zugelassen. Die Planung ist weitgehend abgestimmt, zu klären sind lediglich letzte kleine Details.

Weitere Nachfrage am 10.10.2016:

Herr Voht merkt an, dass ihm die zeitliche Schiene fehle.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

Abschließende Antwort am 07.11.2016:

Zur Beantwortung der zeitlichen Schiene ist noch keine Antwort möglich. Die Straßenverkehrsbehörde führt zurzeit das Anhörungsverfahren durch, Frist ist der 28.10.2016. Es wird davon ausgegangen, dass die Markierungsarbeiten nicht mehr in diesem Jahr durchgeführt werden können.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.2 Bürgerbeteiligung Meierstraße (Herr Pluschkell) - 5.610 / 5.660 (TOP 5.2.2 am 10.10.2016)

Herr Pluschkell möchte wissen, wann eine Bürgerbeteiligung zur Umgestaltung (Parken, Radverkehr und Fußgänger) in der Meierstraße stattfindet.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Es ist vorgesehen, die Anwohnerinnen und Anwohner vor Umsetzung der Maßnahme in einer Briefwurfsendung über die vorgesehene Maßnahme zu informieren. Im Planungsprozess selbst ist aufgrund des geringen Umfangs des Eingriffs (Versetzen des Parkens um 50cm, Verlust von 3 Parkständen) keine Bürgerbeteiligung vorgesehen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.3 Baumaßnahme Schleusenstraße (Herr Stolzenberg) - 5.660
(TOP 5.2.14 am 05.09.2016)**

Herr Stolzenberg möchte wissen, um welche Art der Baumaßnahme es sich in der Schleusenstraße handelt, um eine städtische oder eine der EBL.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

Die angesprochene Baumaßnahme in der Schleusenstraße ist eine Maßnahme der Netz-Lübeck AG; sie ist dem Bereich Stadtgrün und Verkehr als sogenanntes Planverfahren angezeigt worden.

Es handelt sich hier um die Verlegung einer 1-KV-Niederspannungsleitung.

Zum Zeitpunkt der Anfrage fanden dort Verfüllarbeiten statt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**5.1.4 Fahrradstraße Dorfstraße (Herr Howe) - 5.660 / 5.610
(TOP 5.2.11 am 05.09.2016)**

Herr Howe gibt bekannt, dass ein Schild, das auf die Fahrradstraße hinweise (aus Richtung Kalkbrennerstraße) fehle und neu installiert werden müsse.

Ferner sei der Versuch einer Haltverbot Zone in der Kalkbrennerstraße beendet und führe nun seiner Meinung nach wieder zu erhöhten Geschwindigkeiten in dem Bereich. Er regt an die Geschwindigkeiten in dem Bereich zu überprüfen.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Frage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Abschließende Antwort:

In der Fahrradstraße Dorfstraße ist im Rahmen der dauerhaften Anordnung des Verkehrsversuchs eine Anpassung der Beschilderung im gesamten Straßenverlauf vorgesehen. In diesem Zuge werden auch fehlende Verkehrsschilder ergänzt.

Bei einer Geschwindigkeitsmessung in der Kalkbrennerstraße wurden lediglich 7% der Fahrzeuge mit überhöhter Geschwindigkeit gemessen. Ein akuter Handlungsbedarf lässt sich darauf nicht ableiten. Die Verkehrssituation in der Kalkbrennerstraße wird aber weiterhin beobachtet und ggf. Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung ergriffen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Quirder stellt bezüglich der unter TOP 5.1.2 von der Verwaltung gegebenen Antwort **folgenden Antrag:**

„Die Verwaltung soll eine Bürgerbeteiligung in Form einer öffentlichen Versammlung abhalten, in der die geplanten Veränderungen den Anliegerinnen und Anliegern und den Nutzerinnen und Nutzern der Meierstraße vorgestellt und ein Meinungsbild eingeholt wird.

Die Verwaltung soll prüfen, ob im Einvernehmen mit dem Eigentümer eine Verbindung für Fußgänger und Radfahrer zwischen Moislinger Allee und Finkenstraße / Lachswehr hergestellt werden kann.“

Herr Voht sieht in der Umsetzung der von der Verwaltung geplanten Maßnahme die Abhilfe eines Konfliktes in Bezug auf den Sicherheitsaspekt zwischen Fußgängern (insbesondere Schulkindern) und Radfahrern. Aus diesem Grund bittet er um eine schnelle Abhilfe der überschaubaren Maßnahme und nicht noch um eine Verzögerung durch eine Bürgerbeteiligung.

Herr Dr. Klotz erläutert, dass die Maßnahmen wahrscheinlich witterungsbedingt erst im März / April 2017 umgesetzt werden können.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Quirder abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 12 Stimmen

Gegen den Antrag: 3 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt den Antrag von Herrn Quirder mehrheitlich.

zu 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Haerderhaus Wahnstraße / Breite Straße (Herr Rostkowski) – 5.610

(Per Mail vom 04.11.2016)

Im alten Haerderhaus Wahnstraße / Breite Straße hat das vor wenigen Monaten eröffnete Bekleidungsgeschäft fünf Fenster vollflächig beklebt, auch mit Werbeschrift, und verstößt damit gegen § 6.2 der im Sommer verabschiedeten Werbeanlagensatzung.

Ich hätte gerne von der Verwaltung gewusst, ob hier eine Ausnahmegenehmigung vorliegt und wenn ja, warum oder ob die 12-monatige Übergangsregelung angewendet wird.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Kühnefabrik in Schlutup (Herr Lötsch) – 5.610

Herr Lötsch möchte wissen, ob es einen neuen bzw. aktuellen Sachstand zur ausgebrannten ehemaligen Kühnfabrik in Schlutup gibt. Vor dem ausgebrannten Gebäude würden die Brandreste noch auf dem eingezäunten Fußweg liegen.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Bauvorhaben „Lange Reihe“ (Herr Howe)

Herr Howe möchte wissen, wann das Bauvorhaben „Lange Reihe“ im Bauausschuss vorgestellt werde.

Abschließende Antwort:

Herr Lötsch verweist auf die Sitzung des Bauausschusses am 10.10.2016 (TOP 6.2.1).

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 Gefällte Bäume beim AJA-Hotel (Herr Howe) – 5.610 / 5.660

Herr Howe möchte wissen, wie viele Bäume für das Bauvorhaben AJA-Hotel in Travemünde gefällt wurden und ob auch im öffentlichen Raum Bäume gefällt worden seien und wenn ja, warum.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Lichterketten an den Winterlinden (Herr Howe) – 5.660

Herr Howe möchte wissen, warum Herr Lukas vom LTM die Lichterketten an den Winterlinden entfernen lassen werde, zumal eine eventuelle Fällung dieser ggf. erst nach Weihnachten realisierbar sei und ob der Bereich Stadtgrün und Verkehr durch seine Kolonnen Amtshilfe leisten werde.

Abschließende Antwort:

Herr Dr. Klotz führt aus, dass der Bereich Stadtgrün und Verkehr in diesem Sinne keine Amtshilfe leisten werde. Die LTM habe dafür eine Firma beauftragt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.6 Polizei / AKV (Herr Lötsch)

Herr Lötsch möchte wissen, wie der Sachstand bezüglich der Teilnahme der Polizei an den AKV-Sitzungen sei.

Abschließende Antwort:

Herr Senator Boden berichtet, dass es Gespräche mit einem Kompromiss gegeben habe. Die Polizei entscheidet unter verkehrsrelevanten Sicherheitsaspekten selbständig, wann sie an den Sitzungen des AKV teilnehme.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.7 Flüchtlingsunterkunft Ostseestraße (Herr Dr. Eymer) – FBC / FB2

Herr Dr. Eymer möchte wissen, wann die Flüchtlingsunterkunft in der Ostseestraße in Travemünde bezugsfertig sein werde.

Zwischenantwort:

Herr Senator Boden teilt mit, dass er diese Anfrage zur Beantwortung an den zuständigen FB2 weiter geben werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.8 Johannes-Kepler-Gelände / Sternwarte (Herr Ramcke) – 5.610

Herr Ramcke möchte wissen, wie weit die B-Planänderungen bzw. die Abfolge / Stand der Dinge auf dem Johannes-Kepler-Gelände sei, dass von der KWL erschlossen werden soll, und ob es eine Zwischenlösung für die Sternwarte gäbe.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.9 Hinweisschilder Grenzmuseum (Herr Leber) – 5.610

Herr Leber möchte wissen, wie der Stand der Dinge bei den Hinweisschildern zum Grenzmuseum sei.

Abschließende Antwort:

Frau Drochner weist darauf hin, dass es wahrscheinlich zur nächsten Sitzung des Bauausschusses diesbezüglich eine Beantwortung der Anfrage geben werde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.10 Umgestaltung An der Untertrave (Herr Voht) – 5.610

Herr Voht möchte von der Verwaltung aufgezeigt haben, in welcher Höhe bisher Kosten für die Planung für die Umgestaltung An der Untertrave angefallen seien und welche Kosten davon vergebens seien, wenn es zu keiner Umgestaltung kommen werde.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3.1 Kunst im öffentlichen Raum

**Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag der Fraktion Bündnis90/DieGrünen - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04145)
Vorlage: VO/2016/04269**

Antrag:

Kunst im öffentlichen Raum

Bei öffentlich gefördertem Wohnungsbau sind nach Anlehnung an die Richtlinie des Landes von 2012 für Kunst im öffentlichen Raum, Kunstwerke mit einer Auftragssumme von 0,5 bis 1,7% der Bausumme zu realisieren.

Die Kunstkommission für Kunst im öffentlichen Raum ist zu beteiligen.

Herr Ramcke beantragt Rederecht für Frau Monika Schedel (Bü90/DieGrünen), was ihr seitens des Bauausschusses zugesagt wird.

Frau Schedel erläutert und begründet ergänzend den hier in Rede stehenden Antrag.

Herr Senator Boden führt aus, dass diese sogenannten Baunebenkosten für „Kunst am Bau“ immer zu einem bestimmten Prozentsatz umgesetzt würden und man dies den Bauträgern nicht vorschreiben bräuchte. Er schlägt Frau Schedel weiterhin vor, sich mit ihrem Anliegen per Brief an die Baugesellschaften zu wenden.

Frau Kaske sieht den momentanen Zeitpunkt auch nicht als den Richtigen an, den Wohnungsbaugesellschaften hierbei Vorschriften zu machen.

Herr Mihr gibt zu bedenken, dass hierbei auch schnell die finanziell eingeplante Spanne überschritten werden könne oder das Projekt bei einer Steigerung von zum Beispiel 1,7 Prozent aus der Förderung herausfallen könne.

Herr Voht merkt an, dass bereit die Baukosten gestiegen seien und man nicht noch beim öffentlichen Wohnungsbau diese zusätzlichen Kosten hinterfragen solle.

Frau Metzner führt aus, dass man die „Kunst am Bau“ nicht nur dort umsetzen solle, wo höhere Mieten gezahlt würden.

Herr Howe sieht es als positiv an, wenn die Kosten für die Umsetzung von Kunst am Bau nicht auf die Mieter umgelegt werden würden, sondern durch die Wohnungsbaugesellschaft finanziert würden, so wie es die Trave in Moisling gemacht habe.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag:	1 Stimme
Gegen den Antrag:	13 Stimmen
Enthaltungen:	1 Stimme

Der Bauausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 5.3.2 Einwohnerversammlung: Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016
(VO/2016/04002)
Vorlage: VO/2016/04325**

Antrag:

Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung

Die Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst an der Ratzeburger Allee soll geringfügig verändert werden, damit ein Baum von besonderer Bedeutung erhalten werden kann.

Herr Quirder beantragt eine Vertagung, damit die Verwaltung den Antrag prüfen kann und anschließend dem Ausschuss berichten.

Herr Schröder erläutert, dass der Baum (Eiche) erhaltenswert sei und man sich mit dem Bauherrn geeinigt habe, den Baum zu versetzen, so dass der Baum erhalten bliebe.

Herr Quirder zieht seinen Vertagungsantrag zurück.

Herr Rostkowski möchte wissen, an welcher Stelle sich der Baum auf dem Baugebiet befände.

Nachtrag zur Niederschrift:

Es handelt sich bei dem hier in Rede stehenden Baum um eine Eiche, die in der Planzeichnung des B-Planes, der den Bauausschussmitgliedern per Mail zugesendet wird mit der Nummer 66 (gemäß Baumkataster) gekennzeichnet ist.

Herr Ramcke möchte wissen, ob sich der Baum auf dem Baufeld der Tiefgarage befände, was Herr Schröder verneint.

Herr Mihr merkt an, dass der Begriff im Antrag „geringfügig“ nicht beschlussfähig sei.

Herr Lötsch verweist darauf, dass dieser Antrag aus der Einwohnerfragestunde käme und es hier in erster Linie um den Inhalt gehe.

Herr Lötsch schlägt vor, den Antrag als erledigt anzusehen, da sowohl die Verwaltung als auch der Bauherr bereit sei, den Baum zu erhalten.

Frau Metzner gibt zu bedenken, dass es sich ihrer Meinung nach bei dem hier in Rede stehenden Baum nicht um eine Eiche, sondern um eine Thuja handle.

Herr Lötsch schlägt vor, dass der Antrag als erledigt anzusehen sei, wenn es sich bei dem Baum um eine Eiche handle und wenn es eine Thuja sei, wird dies im nächsten Bauausschuss noch einmal mitgeteilt.

Herr Voht beantragt eine Abstimmung über den Antrag und nicht nur eine sogenannte „Erledigung“, da seiner Meinung nach der Antragsteller ein Recht auf formale Abarbeitung haben müsse.

Herr Lötsch merkt an, dass der Erfolg des Antragstellers darin läge, dass der Baum erhalten bliebe.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Voht abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag von Herrn Voht: 1 Stimme
Gegen den Antrag von Herrn Voht: 14 Stimmen

Der Bauausschuss lehnt den Antrag von Herrn Voht mehrheitlich ab.

Der Bauausschuss sieht den Antrag mehrheitlich als erledigt an, wenn es sich bei dem Baum um eine Eiche handelt, sollte es eine Thuja sein, wird dies dem Bauausschuss noch einmal mitgeteilt.

zu 5.3.3 Einwohnerversammlung: Fußgängerampel / Zebrastreifen auf der Seite Willy-Brandt-Allee (Drehbrücke) wird installiert
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04011)
Vorlage: VO/2016/04327

Antrag:**Fußgängerampel / Zebrastreifen auf der Seite Willy-Brandt-Allee (Drehbrücke)**

Eine Fußgängerampel / Zebrastreifen auf der Seite Willy-Brandt-Allee (Drehbrücke) wird installiert.

Herr Lötsch beantragt, dass die Verwaltung aufgefordert werde, den Antrag fachlich zu prüfen und dann wieder im Bauausschuss zu berichten.

Der Vorsitzende lässt über seinen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag von Herrn Lötsch: 15 Stimmen

Der Bauausschuss beschließt den Antrag von Herrn Lötsch einstimmig.

zu 5.3.4 Einwohnerversammlung: Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm - über den Hof des Baudezernats
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04006)
Vorlage: VO/2016/04326

Antrag:**Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm**

Beantragt wird eine Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm – über den Hof des Baudezernats.

Herr Quirder bittet die Verwaltung über die Konsequenzen dieses Antrages aufzuklären.
Herr Lötsch verweist auf die unter TOP 2.2 zugesagte Information der Verwaltung über eine mögliche Neuorientierung des Areals.

Herr Senator Boden erläutert, dass es unstrittig eine sinnvolle Maßnahme sei, eine fußläufige Beziehung zwischen der Straße „An der Obertrave“ und der „Wallstraße“ herzustellen. Hierzu müssten aber noch Flächen umgewidmet werden und zwei kleine Brücken über die Abläufe des Mühlenteichs in die Trave umgesetzt werden. Dies könne im Zusammenhang mit der angedachten Umgestaltung des Gesamtareals aufgegriffen werden.

Im momentanen Zustand sei diese Beziehung nicht möglich, fährt Herr Senator Boden weiter fort, da der Hof des Baudezernats Grundstück der Hansestadt Lübeck sei und aus Sicherheitsgründen (Fuhrpark der Bauverwaltung) nachts und am Wochenende durch Stahltore verschlossen werde. Auch die Versicherungspflicht spiele hier eine entscheidende Rolle. Zum jetzigen Zeitpunkt sei der Antrag in dieser Form abzulehnen.

Herr Mihr möchte wissen, wer Eigentümer der Flächen hinter der zweiten Brücke zur Wallstraße sei, was Herr Senator Boden auch mit der Hansestadt Lübeck angibt.

Herr Lötsch beantragt eine Vertagung des Antrags, bis es eine Vorstellung zu einer möglichen Umgestaltung des Quartiers im Bauausschuss gäbe.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für eine Vertagung Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (18:54 Uhr).

zu 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 20:07 Uhr.

Lübeck, den 6. Dezember 2016

Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen
Protokollführung